Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4103**

16. Wahlperiode 18. 01. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heinrich L. Kolb, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3676 –

Den Rentenversicherungsbericht im Interesse der Versicherten realistischer gestalten

A. Problem

Der Rentenversicherungsbericht 2006 enthält wie die Berichte der Vorjahre deutlich zu positive Werte für die mittelfristigen Prognosen betreffend die Entwicklung der Versichertenlöhne und -gehälter sowie der Rentenanpassungen und Beitragssätze.

B. Lösung

Der Bundestag beschließt, dass in den vorzulegenden Rentenversicherungsberichten künftig realistischere mittelfristige Prognosen enthalten sein müssen. Dafür sollen die für die mittelfristigen Prognosen anzusetzenden Werte der Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie der Beschäftigung stärker als bisher an deren tatsächlicher vorangegangener Entwicklung orientiert werden. Zudem soll die unterjährige Liquidität der gesetzlichen Rentenversicherung des zurückliegenden Jahres und in den mittelfristigen Vorausberechnungen ausgewiesen werden und die realen Auswirkungen des Nachhaltigkeitsfaktors auf die Rentenanpassung dargestellt werden, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Reduzierung der Rentenanpassung aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors nicht oder nur teilweise anzuwenden ist, weil oftmals nur geringe Lohnzuwächse vorliegen. Schließlich sollen Modellrechnungen für die Jahre vorgelegt werden, in denen die demografische Belastung ihre stärkste Wirkung entfalten wird, also über das Jahr 2020 hinaus bis zum Jahr 2030.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3676 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)	**Anton Schaaf**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Anton Schaaf

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/3676** ist in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2006 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Rentenversicherungsbericht 2006 enthalte wie die Berichte der Vorjahre deutlich zu positive Werte für die mittelfristigen Prognosen betreffend die Entwicklung der Versichertenlöhne und -gehälter sowie der Rentenanpassungen und Beitragssätze, heißt es im Antrag der Fraktion der FDP. Dies sei nicht nur ärgerlich, weil Steuergelder mit diesen geschönten Berichten verschwendet würden, sondern auch gefährlich, da die Versicherten nicht über die wirkliche Lage der Rentenversicherung und damit den Umfang ihrer Altersvorsorge aufgeklärt würden. In allen Rentenversicherungsberichten seit 2001 seien die Prognosen für die Lohnentwicklung, die Rentenanpassungen und Beitragsentwicklungen deutlich zu positiv ausgefallen und hätten im Zeitraum von 2001 bis 2006 Jahr für Jahr korrigiert werden müssen.

Der Sozialbeirat und die Fraktion der FDP hätten daher wiederholt die Prognosen des Rentenversicherungsberichts gerügt und realistischere und präzisere Berichterstattung gefordert. Um eine Fortsetzung der bisherigen Praxis zu verhindern und endlich den Versicherten ein realistisches Bild von der Lage der Rentenversicherung zu vermitteln, müsse die Erstellung der mittelfristigen Prognosen des Rentenversicherungsberichts künftig auf realistischen Datengrundlagen beruhen, die sich an der Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten zehn Jahre orientierten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Beratung der Vorlage in seiner 38. Sitzung am 17. Januar 2007 aufgenommen und abgeschlossen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begründete ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis, dass der Antrag der Fraktion der FDP zu diesem Zeitpunkt überholt sei, da der Sozialbeirat, der in seinem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2005 noch von „ambitionierten“ Annahmen gesprochen habe, jetzt ausdrücklich realistische Annahmen bescheinige. Im Übrigen könne niemand die Entwicklung nach 2010 voraussagen; insofern könne der FDP-Vorschlag genauso gut daneben gegriffen sein.

Die **Fraktion der SPD** betonte, den Rentenberichten sei zu entnehmen, dass es sich bei den Vorausberechnungen eben nicht um Prognosen, sondern um Modellrechnungen handele, deren Ergebnisse wesentlich von den zugrunde liegenden Annahmen abhingen. In den vergangenen Jahren sei die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung überwiegend hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Konjunktureinschätzungen der Bundesregierung seien dabei aber nicht unrealistisch, sondern bewegten sich jeweils im Schätzspektrum der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Die **Fraktion der FDP** konstatierte zwar eine Besserung bei den dem Rentenversicherungsbericht zugrunde liegenden Annahmen, der Zweckoptimismus überwiege aber immer noch. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Realität nicht gedeckt habe, was im Rentenversicherungsbericht aufgezeigt worden sei. Das sei insofern problematisch, als die Versicherten dann in der Regel nicht mehr die Möglichkeit hätten, sich auf die verschlechterten Rahmenbedingungen einzustellen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezweifelte ebenso wie die Fraktion der FDP, dass die Annahmen des Berichts realistisch seien. Vor allem schienen die Annahmen für die Modellberechnungen aufgrund der Punktlandungen bei den Beitrags- und Niveausicherungszielen eher an dem gewünschten Ergebnis orientiert zu sein als an einer realistischen Entwicklung. Nicht wer dies anprangere verunsichere die Menschen, sondern diejenigen, die unrealistische Prognosen abgäben. Denn diese weckten Erwartungen und Hoffnungen, die dann nicht gehalten werden könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass sie den vorgelegten Rentenversicherungsbericht für realistisch halte, die wichtigsten und wesentlichen Parameter seien nach unten korrigiert worden. Sie könne die Kritik der Fraktion der FDP nicht nachvollziehen, zumal diese auf der einen Seite zu optimistische Lohnzuwächse beklage, andererseits Lohnsteigerungen als Wachstumshemmnis für die Wirtschaft ablehne.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf der Drucksache 16/3676 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Anton Schaaf
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333